

RS Vwgh 1987/9/30 85/01/0212

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 30.09.1987

Index

001 Verwaltungsrecht allgemein

40/01 Verwaltungsverfahren

41/02 Passrecht Fremdenrecht

Norm

AVG §64 Abs2;

AVG §73 Abs1;

FrPolG 1954 §5 Abs1;

VwRallg;

Rechtssatz

Der Ansicht des Bf, die belangte Behörde als Berufungsbehörde wäre verpflichtet gewesen, UNVERZÜGLICH eine Entscheidung iSd § 73 Abs 1 AVG über den Anspruch gemäß § 64 Abs 2 AVG zu treffen (hier:

Bekämpfung der Aberkennung der aufschiebenden Wirkung bei Verhängung der Schubhaft) steht der eindeutige Wortlaut des § 73 Abs 1 AVG entgegen; eine Gesetzeslücke im Rechtssinn ist nicht erkennbar.

Schlagworte

Auslegung Anwendung der Auslegungsmethoden Analogie Schließung von Gesetzeslücken VwRallg3/2/3

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1987:1985010212.X03

Im RIS seit

11.07.2001

Zuletzt aktualisiert am

26.06.2017

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>